

Rede von Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer beim Neujahrsempfang der Bürgerschaft am 13. Januar 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr verehrte Gäste,

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich hier im Haus der Bürgerschaft. Insbesondere möchte ich begrüßen: den Bürgermeister und Präsidenten des Senats, Dr. Bovenschulte, Bürgermeister Fecker und die weiteren Mitglieder des Senats. Ich begrüße den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Prof. Sperlich. Aus Bremerhaven heiße ich den Stadtverordnetenvorsteher von Haaren, Oberbürgermeister Grantz und Bürgermeister Neuhoff Willkommen. Ein ganz herzliches Hallo auch an die Bürgermeister:innen sowie Landrät:innen aus unserer Nachbarschaft, an die Bundestagsabgeordneten, die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft sowie der Stadtverordnetenversammlung Bremerhavens, an die weiteren Vertreter:innen der Gerichtsbarkeit sowie aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, Kirche und Gesellschaft, des Diplomatischen Korps und der Bundeswehr. Ich begrüße auch die Vertreter:innen unserer Sicherheitsbehörden, insbesondere von Polizei und Feuerwehr und möchte Ihnen, stellvertretend auch bei dieser Gelegenheit für den Einsatz der Blaulichtfamilie über den Jahreswechsel und in den letzten Tagen danken.

Danken möchte ich auch den Mitarbeitenden der Bürgerschaft für ihren Einsatz für die Herrichtung des Hauses und Durchführung des Empfangs heute.

Und noch jemanden möchte ich ausdrücklich begrüßen: Die Schüler:innen der Oberschule Am Waller Ring, die in diesem Jahr an unserer Gedenkveranstaltung anlässlich der Novemberpogrome mitgewirkt haben. Ich freue mich ganz besonders, dass ihr heute hier seid und möchte mich für eure Mitwirkung an unserer Veranstaltung noch einmal ganz herzlich bedanken!

Verehrte Gäste,

in diesem Jahr stehen fünf wichtige Landtagswahlen an. Superwahljahr wird dies häufig genannt. Und laut den Umfragen ist nicht überall gesichert, dass nach der

Wahl Parteien eine Mehrheit bilden können, die uneingeschränkt zu unserer Demokratie stehen.

Unsere liberale Demokratie wird bedroht, nicht nur von innen, sondern auch von außen. Etwa durch Russland, das seit fast vier Jahren einen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, in den letzten Wochen vor allem mit Angriffen auf die Infrastruktur, die die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Wärme sichert. Russland bedroht aber auch die Sicherheit in ganz Europa und greift auch unser Land bereits im Zuge einer hybriden Kriegsführung an – mit gezielten Desinformationskampagnen und Hackerangriffen zum Beispiel. Und auch viele der Drohnenflüge über kritische Infrastruktur scheinen auf das Konto Russlands zu gehen. Unter Druck gesetzt werden wir aber auch von Donald Trump und seiner Make-America-Great-Again-Bewegung, die ihr Ziel in der neuen National Security Strategy eindeutig formuliert: Die Schwächung Europas.

Dieser Druck von zwei Seiten ist die Realität, der wir uns hier in Europa stellen müssen. Und es ist die Realität, gegen die wir etwas unternehmen müssen. Denn Demokratie ist kein Selbstzweck. Die Demokratie ist es überhaupt erst, die unsere freie Gesellschaft, die gleiche Rechte für alle ermöglicht.

Aber was können wir tun? Das ist die Frage, mit der wir uns immer wieder auseinandersetzen müssen. Wie können wir es schaffen, denjenigen entgegenzutreten, die die Demokratie aushöhlen wollen? Denjenigen, die ein anderes System an ihre Stelle setzen wollen. Denjenigen, die sich dem anschließen wollen, was wir weltweit beobachten können: nämlich die liberale Gesellschaft in ihrer jetzigen Form abzuschaffen – eine Gesellschaft, die alle in den Blick nimmt, die auch die Schwächeren mitbedenkt, die zumindest versucht, die Interessen aller zu berücksichtigen. An die Stelle einer solchen Gesellschaft tritt dann das Recht des Stärkeren, gnadenlos – oft mit zumindest in Teilen autokratischen Tendenzen.

Dass auch die internationale, regelbasierte Ordnung – und auch unsere Sicherheit – durch dieses Recht des Stärkeren bedroht ist, sehen wir neben dem Krieg Russlands gegen die Ukraine zum Beispiel am Militäreinsatz der USA in Venezuela. Besorgnis wecken auch die unverhohlenen Pläne, Grönland „besitzen“ zu wollen. Und wir müssen uns fragen: Wie gewappnet sind wir für eine solche Situation? In Europa, in Deutschland, aber auch in Bremen und Bremerhaven.

Verehrte Gäste,

wir dürfen jenen, die unsere Gesellschaft so radikal verändern wollen, nicht das Feld überlassen. Wir dürfen nicht ihr Spiel spielen. Wir dürfen uns von ihnen nicht treiben lassen. Das ist nicht einfach. Und oft bringt es uns auch in einen Zwiespalt, der kaum aufzulösen ist.

Es scheint fast nicht möglich, Kräfte inhaltlich bzw. politisch stellen zu wollen, denen es nicht um Inhalte geht, die Obstruktion betreiben und die Demokratie mit demokratischen Mitteln abbauen und zerstören. Sie arbeiten mit Gefühlen und suggerieren vermeintlich einfache Lösungen. Es geht ihnen nicht um Argumente, nicht um tatsächlich umsetzbare Politik, nicht um Realismus. Nicht einmal um Fakten. Wie soll man sie inhaltlich stellen, ohne ihre Narrative – und sei es in der Negation – zu übernehmen?

Was wir leider häufiger beobachten, ist, dass solche Erzählungen dann nicht entkräftet werden, sondern, im Gegenteil, Legitimation erfahren, eben dadurch, dass sich die anderen Parteien, die Parteien der demokratischen Mitte, an deren Narrativ abarbeiten. Denn dann, so denken viele Menschen, wird ja etwas dran sein.

Wenn wir uns darauf einlassen, dass sie die Themen setzen, erst dann profitieren die Extremisten tatsächlich.

Verehrte Gäste,

viel ist im vergangenen Jahr über die Mittel der wehrhaften Demokratie diskutiert worden. Es gibt unterschiedliche Meinungen dazu, ob und wie diese eingesetzt werden sollten, auch in diesem Haus. Meine persönliche Haltung habe ich dabei schon früh klargemacht. Ich bin der Auffassung, dass die rechtlichen Möglichkeiten, die unsere freiheitliche Demokratie schützen sollen, geprüft und, falls die Voraussetzungen vorliegen, angewandt werden sollten, wenn diese angegriffen wird. Diese Diskussion müssen wir in aller Sachlichkeit fortsetzen.

Denn wir tragen Verantwortung dafür, dass die Abgrenzung zu antidemokratischen Kräften hält. Wir tragen Verantwortung dafür, die Extremen nicht immer als Bezugsgröße zu nennen und ihre Erfolge bei Wahlen nicht als zwangsläufig anzusehen.

Die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen ist hier ein gutes Beispiel. Ja, dort verbesserte die AfD ihr Ergebnis deutlich auf 14,5 Prozent. Sie lag aber eben auch mehr als zwei Prozent unter ihrem Zweitstimmenergebnis bei der Bundestagswahl. Auch deshalb schließlich tragen wir Verantwortung dafür, dass politische Entscheidungen nicht aus der Begründung heraus getroffen werden, dass diese Kräfte sonst profitieren, sondern weil wir von den Entscheidungen überzeugt sind und weil diese Entscheidungen das Beste für unser Land und die Menschen sind.

Und wir alle in diesem Raum tragen auch die Verantwortung dafür, dass antidemokratische Diskurse nicht verfangen. Zweifellos: Wir stehen in Deutschland, in Bremen und Bremerhaven vor einer Vielzahl von Herausforderungen und auch vor schwierigen Veränderungen. Wir gehen diese Herausforderungen als Bremische Bürgerschaft an. Der Bundestag geht diese Herausforderungen an. Die Probleme sind vielfältig und schwierig – und die Lösungen müssen dem gerecht werden.

Wir stehen aber nicht vor dem Untergang – und wir sollten dieses Bild auch nicht vermitteln – Nicht als Abgeordnete. Nicht als Vertreter:innen von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht als Privatpersonen. Denn genau damit unterstützen wir einen gefährlichen Trend. Genau damit befeuern wir die Lust an der Zerstörung unseres demokratischen Systems.

Verehrte Gäste,

die Soziolog:innen Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey haben in ihrem Buch „Zerstörungslust“ untersucht, warum immer mehr Menschen einen solchen Systemwechsel wollen. Sie haben mit Menschen gesprochen, die sich als „wahre“ Demokraten sehen, aber ein anderes Bild von der Demokratie haben: Sie hätten eine Demokratie im Sinn, die dem Primat der Mehrheit folge und sich dabei befreie von der liberalen Idee, auch Minderheiten beschützen und mitbestimmen zu lassen, hat Amlinger in einem Interview anlässlich der Veröffentlichung des Buches erklärt. „Diese Menschen wollen eine Demokratie für die sogenannten Normalen und Einheimischen – für alle, die sich von Minderheiten an den Rand gedrängt fühlen“, sagt sie darin.

Dort führt sie auch Gründe für diese Haltung aus. Und ein wesentlicher Grund ist demnach das Gefühl, in einer Gesellschaft zu leben, die sich im Niedergang befindet. Einer Gesellschaft, in der das Versprechen von Aufstieg und Teilhabe nicht mehr greift. Einer Gesellschaft, in der das einsetzt, was die beiden Forscher:innen „Nullsummendenden“ nennen. In der immer mehr Menschen denken, dass die Gewinne einer Gruppe die Verluste einer anderen Gruppe sind. „Der Kuchen wächst nicht mehr, also wird der Kampf um den Kuchen härter geführt. Je größer das Stück des anderen, desto kleiner das eigene“, umschreibt Amlinger das.

Als Politik ist es unsere Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Kuchen größer wird, damit die Wirtschaft sich positiv entwickelt, damit genug für alle da ist – und dies den Menschen auch zu vermitteln. Das ist eine Aufgabe, die angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung, angesichts von Protektionismus und Strafzöllen, nicht leicht ist. Es gibt aber keine Alternative dazu, sie anzugehen.

Das ist aber nicht alles. Wir müssen nicht nur dafür sorgen, dass sich die Gesellschaft in der wir leben, nicht tatsächlich im Niedergang befindet. Wir müssen auch aufhören, diesen Niedergang immer wieder zu beschwören oder zu behaupten. Genau dies tun die Extremisten, um ihre radikalen Lösungen zu rechtfertigen.

Und wir müssen auf allen Ebenen verantwortungsvoll mit den Erwartungen der Menschen umgehen. Wir müssen verlässlich sein. Wir müssen bereit sein,

Kompromisse zu finden und zu ihnen stehen und dürfen nicht den Eindruck erwecken, es gehe auch ohne. Denn sonst produziert Politik Enttäuschungen. Und sie verstärkt eben genau das Gefühl von einem Land im Niedergang. Und von einem liberalen demokratischen System, das diesen nicht aufhalten kann.

Teilhabe – oder auch eine Gewinn- und Verlustrechnung – das ist aber nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftliche Frage. Eine Frage, die darum kreist, ob man sich in einer Gesellschaft weniger zugehörig fühlt, wenn jemand anderes gleichgestellt wird.

Der Kulturkampf: Er tobt. Und er wird gezielt genutzt. Durch Überspitzung. Durch den Versuch, eine politische Lagerbildung voranzutreiben und die Gräben zu vertiefen. Diskussionen und Debatten lösen sich immer häufiger von der konkreten Sachfrage, vom Austausch von Argumenten. Sie werden immer häufiger überhöht zu Grundsatzfragen. Zu Fragen der Identität.

Verehrte Gäste,

es liegt an uns allen, ob wir diesen Kulturkampf zusätzlich befeuern oder ihn eindämmen. Es liegt an uns, ob wir Lager bilden oder eine Gemeinschaft. Es liegt an uns, ob wir Hegemonie beanspruchen oder ein Nebeneinander von Haltungen, Meinungen und Lebensentwürfen aushalten. Und es liegt an uns, ob wir uns überhaupt in Lager einteilen lassen – ob wir uns eine Definition aufdrängen lassen, wer „wir“ sind und wer „die Anderen“.

Wir sollten versuchen, in der Sache zu debattieren. Wir alle – auch ich – sollten versuchen, Haltungen, die nicht extremistisch sind, auszuhalten. Wir sollten versuchen, nicht jede Frage zu einer Grundsatzfrage zu machen. Denn wir müssen versuchen, den Kulturkampf und die damit einhergehende Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Dafür brauchen wir Toleranz. Wir brauchen Mäßigung. Und vielleicht brauchen wir auch mehr Nachsicht und die Grundhaltung, nicht immer nur das Schlechteste anzunehmen, sondern auch gute Absichten zu unterstellen.

Sonst machen wir es den extremistischen Kräften leicht. Denn genau dieses gesellschaftliche Klima, diesen Zustand der Erregung brauchen sie. Sie wollen Probleme nicht lösen, sie brauchen sie für ihren Kulturkampf, um die Gesellschaft weiter zu spalten.

Lassen Sie uns da nicht mitmachen. Lassen Sie uns nicht nur über die Probleme sprechen, sondern auch über die Lösungen. Lassen Sie uns nicht nur die Probleme benennen, sondern auch sagen, was uns gelingt. Und lassen Sie uns keinen Zweifel daran lassen, dass wir uns klar von Extremisten abgrenzen.

Verehrte Gäste,

ich bin überzeugt, dass es hier auch keine Experimente geben darf. Keinen Versuch, in der Hoffnung, dass man die Extremisten damit zur Vernunft bringt oder entzaubert. Man kann diese Kräfte nicht einhegen. Man darf sie nicht normalisieren. Denn bislang ist die Reaktion darauf nicht Mäßigung, sondern nur noch weitere Radikalisierung. In der Sprache und in der Haltung. Das unterscheidet die AfD von anderen rechten Bewegungen in Europa, die sich zum Beispiel im Europaparlament sogar bewusst von ihr distanzieren: Sie mäßigt sich nicht, um gewählt zu werden. Sie wird gewählt, obwohl oder weil sie das Gegenteil tut – und hat in der Regierung von Donald Trump nicht nur ein Vorbild, sondern auch einen Unterstützer an ihrer Seite.

Es gibt auch keine Mehrheit für Extremisten. Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung in Deutschland, in Bremen und Bremerhaven will unsere freiheitliche, liberale Demokratie erhalten. Auch diese Menschen machen sich Sorgen – eben darum, was passiert, wenn die Extremisten Einfluss erhalten. Und diese Sorgen müssen wir ernst nehmen. Es gibt in diesem Sinne mit dieser Rechten auch keine Mehrheit Mitte-Rechts, wie es immer wieder mal heißt.

Verehrte Gäste,

Lassen sie uns deshalb das Gemeinsame in den Blick nehmen und nicht das Trennende. Lassen Sie uns nicht nur die Probleme sehen, sondern auch die positiven Dinge.

In diesem Jahr feiern wir den Tag der Deutschen Einheit hier in Bremen mit einem großen Fest. Lassen Sie uns zusammen daran arbeiten, dass diese staatliche, politische und menschliche Einheit nicht bloß ein Begriff ist, sondern mit Leben gefüllt wird, dass sie gefestigt und nicht weiter geschwächt wird.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen alles Gute für das Jahr 2026.